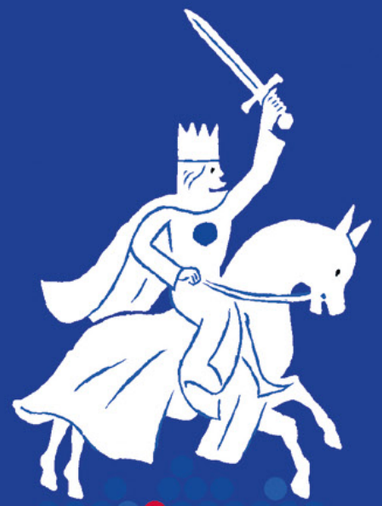
32
Infografik: Digitale Übermacht USA

34
Interview mit Cédric Durand, Professeur an der Universität Genf

37
Mistral AI: souverän, aber nicht ganz

38
Reportage: Infomaniak – die etwas andere Cloud

44
7 unabhängige Unternehmen



© ADAM MCCAULEY

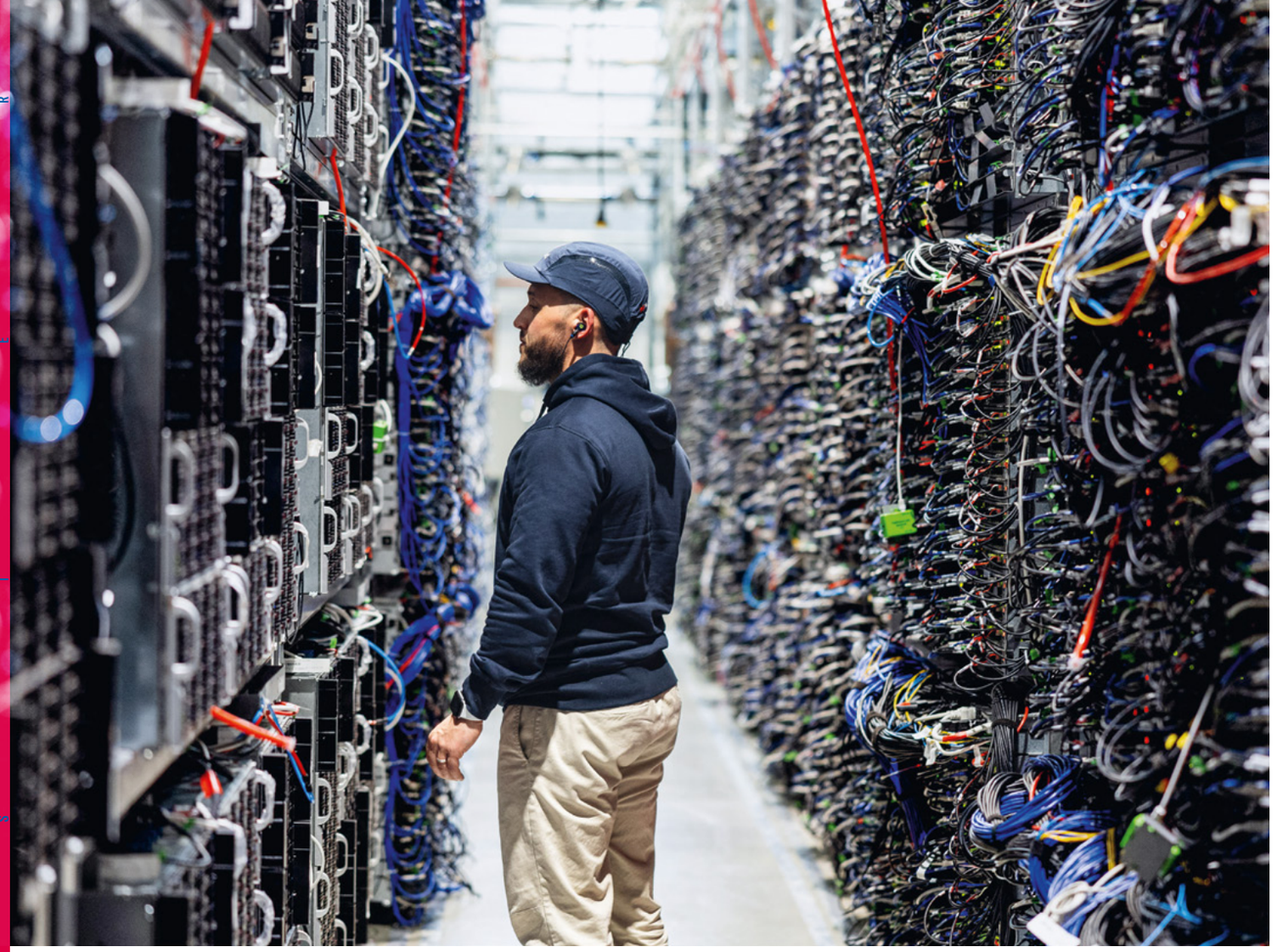
DOSSIER

Auf der Suche nach digitaler Souveränität

Mit den Spannungen zwischen Europa und der US-Regierung wächst diesseits des Atlantiks der Druck, Alternativen zu den amerikanischen Digitalgiganten zu finden. Doch ganz auf Amazon, Google oder Microsoft zu verzichten, ist ein schwieriges Unterfangen. BERTRAND BEAUTÉ

Digitale Souveränität, strategische Autonomie, technologische Unabhängigkeit – seit Monaten tauchen diese Begriffe in der Öffentlichkeit immer häufiger auf. Die Botschaft dahinter ist klar: Der europäische «digitale Soldat», der bereits viel zu lange von den amerikanischen Konzernen erdrückt werde, müsse gerettet werden. «Das Thema lag schon seit mehreren Jahren in der Luft, aber mit der Demokratisierung der künstlichen Intelligenz (KI) hat sich alles beschleunigt», betont Otmane Jai, Leiter des Bereichs Anlagestrategie beim Family Office MJ&Cie. «Die Digitalisierung wird nicht mehr nur als Werkzeug betrachtet, sondern als strategisches Asset.» Dominique Lecocq, Gründer von Laine Neural Network, einem Genfer Start-up, das eine KI für den Rechtsbereich entwickelt, kann das bestätigen: «Europa ist sich seiner Abhängigkeit von ausländischen Anbietern in diesem Bereich bewusst geworden. Die zweite Amtszeit von Donald Trump wird zumindest dazu beigetragen haben.»

Das Vertrauen des alten Kontinents in Uncle Sam ist jedenfalls in den letzten Jahren schwer erschüttert worden. Im Juni beispielsweise wies Washington das amerikanische KI-Unternehmen Anthropic plötzlich an, den Zugang zu seinem leistungsstärksten Modell, Claude Mythos 5, und dessen Version für die breite Öffentlichkeit, Claude Fable 5, für alle Ausländer zu sperren. Als Grund wurde die nationale Sicherheit angeführt. Da Anthropic keine Möglichkeit sah, seine Nutzer nach ihrer Nationalität zu unterscheiden, musste das Unternehmen beide Modelle für alle Kunden deaktivieren, um den Vorschriften zu entsprechen. Zwar wurden die Beschränkungen am 30. Juni aufgehoben, doch der Schaden war bereits angerichtet. Ausländische Anthropic-Kunden, die plötzlich im Regen standen, vor allem die Europäer, mussten erkennen: Wenn Donald Trump es will, kann ihnen ein mittlerweile unverzichtbarer Dienst ohne Vorankündigung einfach entzogen werden. →



↑ Mitarbeiter von OVHcloud in einem Rechenzentrum des Unternehmens in Roubaix am 3. April 2025. Der europäische Marktführer im Cloud-Bereich erzielt einen Umsatz, der etwa 100-mal geringer ist als der von Amazon Web Services.

© SAMEER AL-DOUMY, AFP

Ein solcher «Kill-Switch» (wörtlich: Notausschalter) stellt ein Risiko dar, das vielen europäischen Unternehmen und Behörden vor einigen Jahren noch als rein theoretisch erschien. US-Lösungen galten als garantierte Dienste. Doch die wachsende Feindseligkeit Washingtons gegenüber Brüssel hat die Lage verändert. «Präsident Donald Trump hat Europa wachgerüttelt, indem er gezeigt hat, dass die digitale Welt als Waffe eingesetzt werden kann», erklärt Dimitri Kallianiotis, Technology Investment Specialist bei der Union Bancaire Privée (UBP). Die Bedrohung ist durchaus real: Im August 2025 wurden sechs Richter und drei Staatsanwälte des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) mit Sitz in Den Haag, darunter der damalige Generalstaatsanwalt Karim Khan, von den USA wegen ihrer Rolle in Verfahren gegen israelische oder amerikanische Amtsträger mit Sanktionen belegt. Mehrere von ihnen hatten an dem Verfahren mitgewirkt, das zu den Haftbefehlen gegen Israels Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und seinen damaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant geführt hatte. Plötzlich waren diese neun Personen abgeschnittren von zahlreichen Finanz- und Digitaldiensten, die mit US-Firmen verknüpft sind: E-Mail-Programme, Online-Plattformen, Zahlungs- und Cloud-Dienste. Derartige Sanktionen werden üblicherweise mit Terroristen, Drogenhändlern oder Verantwortlichen autoritärer Regime in Verbindung gebracht.

«Man muss nur auf sein Handy schauen, um zu erkennen, dass wir tatsächlich von den Vereinigten Staaten abhängig sind. Sehr schnell wurden meine Konten geschlossen, meine Transaktionen abgelehnt. Ich habe versucht, Buchungen auf Booking.com, Expedia … vorzunehmen. Ohne Erfolg. Das Gleiche gilt für Uber, Airbnb, PayPal (…). Aber das Schlimmste ist, dass es in Frankreich keine Zahlungskarte mehr gibt, die nicht aus den USA stammt. Alles läuft über Visa oder MasterCard», berichtete der französische Richter Nicolas Guillou, einer der sanktionierten Juristen, in einem Interview mit der Zeitung «Le Parisien». «Ich bin gezwungen, mein Leben zu entdigitalisieren.»

«Präsident Donald Trump hat Europa wachgerüttelt, indem er gezeigt hat, dass die digitale Welt als Waffe eingesetzt werden kann»

Dimitri Kallianiotis, Technology Investment Specialist bei der Union Bancaire Privée (UBP)

Auf dem alten Kontinent hat der Fall die Befürchtungen verstärkt, dass Donald Trump beschliessen könnte, Europa von amerikanischen digitalen Lösungen abzukoppeln. Nach Angaben der Europäischen Kommission ist die EU heute bei mehr als 80 Prozent ihrer wichtigsten digitalen Produkte, Dienstleistungen und Infrastrukturen von aussereuropäischen Anbietern abhängig.

Laut einer Umfrage des Schweizer Unternehmens Proton, deren Ergebnisse im August 2026 veröffentlicht wurden, befürchten fast 74 Prozent der 1'500 befragten Führungskräfte, dass ein US-Notabschaltbefehl ihre Geschäftstätigkeit stören könnte. In der Risikobewertung stellen sie einen potenziellen Kill-Switch aus Washington auf eine Stufe mit Cyberangriffen und Ransomware-Attacken. Schlimmer noch: Mehr als die Hälfte der Unternehmen (54 Prozent) gibt an, dass sie nicht einmal einen einzigen Arbeitstag ohne digitale Dienste überstehen würden. Sie müssten dann ihre Geschäftstätigkeit einstellen.

Allerdings bedeutet die Angst vor einem Risiko noch lange nicht, dass man den Anbieter wechselt. Das zeigt eine weitere Umfrage, die das Institut OpinionWay im Auftrag der Beratungsfirma Sia Partners unter 1'000 französischen Unternehmens-Chefs durchgeführt hat – unmittelbar nach der Einschränkung des Zugangs zu den KI-Modellen von Anthropic durch die US-Regierung. Die gestellte Frage war eine andere: Es ging nicht mehr darum, Befürchtungen zu messen, sondern Prioritäten. Das Ergebnis: Nur 15 Prozent der Befragten geben an, von der Notwendigkeit einer europäischen digitalen Souveränität überzeugt zu sein. Lediglich 11 Prozent betrachten Souveränität als ein Kriterium bei der KI-Auswahl, vor dem Kill-Switch waren es 9 Prozent. Laut OpinionWay sind die Kosten ein weitaus wichtigerer Faktor. Immerhin heben 24 Prozent der Befragten dieses Kriterium hervor. «Auch wenn Souveränität dabei helfen kann, einen Auftrag zu gewinnen, kann sie doch einen unrentablen Auftrag nicht attraktiv machen», erklärt Joe Faraday, Fondsmanager bei Baillie Gifford dazu.

Zudem ist ein Anbieterwechsel zugunsten einer europäischen Lösung keine leichte Sache. Denn mal abgesehen von bemerkenswerten Ausnahmen wie dem deutschen Softwarehersteller SAP oder dem niederländischen Unternehmen ASML, weltweit der erste Hersteller von Maschinen für die modernsten Chips, gehören nur sehr wenige europäische Unternehmen zur globalen Tech-Elite. «Die kritische Grösse spielt in der Technologiebranche eine Schlüsselrolle», meint Dimitri Kallianiotis. «Ein sehr grosses Unternehmen wird das Risiko nicht eingehen, bei einem so sensiblen Bereich wie seinen digitalen Diensten zu einem kleinen Anbieter zu wechseln.» So führte 2021 der Brand in einem Rechenzentrum von OVHcloud in Strassburg dazu, dass zahlreiche Kunden des Unternehmens ihre Daten verloren. Dieses Risiko können grosse Akteure besser begrenzen, weil ihre Infrastrukturen weitaus redundanter und damit stabiler sind. Für Cyrille Dalmont zeichnete sich bereits damals ein düsteres Bild ab. Der Forschungsdirektor am Thomas-More-Institut und Autor des im März 2021 erschienenen Berichts «Die unmögliche digitale Souveränität Europas» erklärte im Juli 2021 gegenüber «Swissquote Magazine»: «Unter den fünf weltweit führenden Hardware-Unternehmen befindet sich kein einziges europäisches. Gleiches gilt für Betriebssysteme, Cloud-Lösungen, Rechenzentren, Smartphones, Halbleiter, Chips und Mikroprozessoren. Europa ist zu einer digitalen Kolonie geworden, die von amerikanischen und asiatischen Giganten abhängig ist.»

Und diese technologische Abhängigkeit verursacht astronomische Kosten. Im Rahmen einer Studie des französischen Forschungsinstituts Asterès von 2026, die der Verband der grossen französischen Unternehmen und Behörden, die digitale Technologien nutzen (Cigref), in Auftrag gegeben hatte, machten europäische Unternehmen und Behörden folgende Angaben: 2024 hatten sie pro Jahr rund 400 Mrd. Euro für ihre Cloud-Dienste und Software ausgegeben, davon 330 Mrd. Euro, also 83 Prozent, für Anbieter aus den USA. Diese Kosten steigen jedoch weiter an: Die von Asterès befragten IT-Verantwortlichen gaben an, dass die Kosten für ihre Cloud- und Software-Dienste in den letzten drei Jahren um durchschnittlich 8,7 Prozent pro Jahr gestiegen seien. Der Anstieg könnte sich zwischen 2026 und 2030 auf 12 Prozent pro Jahr erhöhen. Das entspricht →

Mehrkosten von durchschnittlich 140 Mrd. Euro pro Jahr, von denen der Grossteil (93 Mrd.) endgültig aus der europäischen Wirtschaft abfliessen würde, um vor allem den USA zu nutzen und deren ressourcenintensive KI-Infrastruktur zu finanzieren. Folgt man den Autoren der Studie, dann hat diese Preissteigerung im Digitalbereich einen einfachen Grund: «Der Wettbewerb auf dem Markt für Cloud-Software ist begrenzt. Dadurch werden die Nutzer in einem Abhängigkeitsverhältnis zu ihren Anbietern gehalten.» Die drei Cloud-Konzerne in den USA, die als «Hyperscaler» bezeichnet werden – Amazon (AWS), Microsoft (Azure) und Google Cloud –, kontrollieren allein mehr als 60 Prozent des weltweiten Cloud-Marktes (s. Infografik S. 32). Das führt laut der Studie zu einem Verlust für die europäische Wirtschaft von rund 107 Mrd. Euro an Wertschöpfung pro Jahr, was 0,6 Prozentpunkten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) entspricht. Zudem fielen 1,4 Millionen Arbeitsplätze bis 2030 weg. «Die technologischen Abhängigkeiten Europas sind alarmierend (…)», bedauert die finnische Europaabgeordnete Aura Salla auf ihrer Website. «Wir können unsere digitale Zukunft nicht weiterhin auf strategischen Abhängigkeiten aufbauen.»

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron (l.) und der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz bei einer Medienkonferenz am 18. November letzten Jahres im Anschluss an den Gipfel zur europäischen digitalen Souveränität in Berlin ↓



Mehr Regulierung als Investition

Angesichts des aufgelaufenen Rückstands sind sich alle von uns befragten Experten einig: Die Wiederbelebung des digitalen Europas erfordert eine starke Unterstützung durch die öffentliche Hand. «Wenn sich die europäische Politik nicht ändert, werden wir wohl kaum europäische Marktführer sehen», fasst Otmane Jai zusammen. Und Brüssel? Die EU ist inzwischen aktiv geworden. Am 3. Juni 2026 stellte die Europäische Kommission ein Massnahmenpaket zur technologischen Souveränität vor, das Halbleiter, KI, Cloud und freie Software umfasst. Das Kernstück, der «Cloud and AI Development Act», zielt darauf ab, die Kapazität der europäischen Rechenzentren innerhalb von fünf bis sieben Jahren mindestens zu verdreifachen, insbesondere durch die Vereinfachung der Genehmigungsverfahren, die in Deutschland bis zu vier Jahre dauern können. Der Text schafft zudem eine vierstufige Souveränitätsskala für Cloud-Dienste, die vom öffentlichen Sektor bezogen werden. Für einige der sensibelsten Anwendungsbereiche könnten nur Anbieter infrage kommen, die keiner ausländischen Gerichtsbarkeit unterliegen. Amazon, Google und Microsoft könnten somit ausgeschlossen werden. Grund dafür ist der CLOUD Act, ein 2018 während

© HALIL SAGIRKAYA, AFP

der ersten Amtszeit von Donald Trump verabschiedetes Gesetz, das es den US-Behörden ermöglicht, Daten von US-Unternehmen anzufordern, selbst wenn diese ausserhalb der Vereinigten Staaten gespeichert sind.

Zur Finanzierung dieser neuen Kapazitäten setzt Brüssel vor allem auf private Investitionen. Was die im Februar 2025 angekündigte Fazilität in Höhe von 20 Mrd. Euro zur Mobilisierung von Investitionen für KI-Gigafabriken betrifft, so hatte diese bis Juni 2026 noch zu keiner konkreten Mittelvergabe geführt. Im Vergleich dazu geht es bei entsprechenden US-Mitteln um völlig andere Dimensionen: Nach Berechnungen der «Financial Times» planen Amazon, Microsoft, Alphabet (Google) und Meta für 2026 Investitionsausgaben in Höhe von rund 725 Mrd. Dollar, die grösstenteils für die für KI und Cloud erforderliche Infrastruktur (Chips, Server und Rechenzentren) bestimmt sind. Das sind 77 Prozent mehr als 2025. Allein Amazon plant Investitionen von rund 200 Mrd. Dollar.

Ebenso auffällig ist der Unterschied bei den privaten Investitionen in KI. Laut einem Bericht zum AI Index 2026 der Stanford University beliefen sich diese in den USA 2025 auf 285,9 Mrd. Dollar gegenüber 5,9 Mrd. im Vereinigten Königreich, das hier im europäischen Vergleich führend ist. Wohlgemerkt: Das ist nahezu 50-mal weniger. «Private Investoren in Europa sind zurückhaltend. Es bedarf einer sehr starken staatlichen Unterstützung, um wieder ins Rennen zu kommen», betont Dominique Lecocq. «Dazu braucht man einen grossen technologischen Konjunkturplan.»

Auch die Schweiz bereitet eine Alternative zu Microsoft vor: Im September 2026 kündigte die Eidgenossenschaft an, dass bis Ende 2027 etwa 3'000 ihrer Mitarbeitenden eine eigenständige Open-Source-Office-Suite nutzen können, die parallel zu Microsoft 365 läuft. Zu wenig, zu spät? «Zu spät wofür?», fragt Joe Faraday von Baillie Gifford zurück und erklärt: «Wenn man jede US-Plattform nachbauen will, ist das eine Sache. Wertschöpfende europäische Unternehmen aufzubauen, ist eine andere. Nicht alle Anwendungen erfordern das leistungsstärkste allgemeine KI-Modell. Wenn Standard-KI-Fähigkeiten billiger und austauschbarer werden, könnte sich der Wert hin zu exklusiven Daten, vertrauenswürdigen Anwendungen und der Kundenbeziehung verlagern. Deshalb würde ich mich hüten, die aktuellen Marktführer im KI-Bereich als die grossen Gewinner zu betrachten. Europa kann diesen Wert erschliessen, ohne zu versuchen, sich auf jeder technologischen Ebene durchzusetzen. Mistral (ein französisches KI-Start-up, nicht börsenkotiert, Anm. d. Red.) könnte hierfür ein interessantes Beispiel sein.» So sieht es auch Otmane Jai: «Es wäre eine falsche Strategie, den Hyperscalern in allen ihren Geschäftsbereichen Konkurrenz machen zu wollen. Das ist von vornherein aussichtslos. Europa kann sich aber profilieren, indem es bestimmte Teile der Wertschöpfungskette ins Visier nimmt. Im Gegensatz zu den Hyperscalern, bei denen es sich um Generalisten handelt, müssen europäische Unternehmen spezialisierte Dienstleistungen entwickeln, so wie ASML, das in seinem Bereich führend ist.»

> **«Wenn sich die europäische Politik nicht ändert, werden wir wohl kaum europäische Marktführer sehen»**
> **Otmane Jai,** Leiter des Bereichs Anlagestrategie beim Family Office MJ&Cie

USA und China antworten mit Härte

Doch Washington und Peking haben nicht vor, das einfach hinzunehmen. Durch einen allzu offensichtlichen digitalen Protektionismus geht die EU das Risiko ein, beide Wirtschaftsmächte zu verärgern – die wiederum stets schnell dabei sind, mit Vergeltungsmassnahmen zurückzuschlagen. US-Präsident Donald Trump droht regelmässig mit neuen Zollerhöhungen, sobald die EU gegen die Tech-Giganten vorgeht. China seinerseits hat bereits gezeigt, dass es mit Härte reagieren kann: Im Oktober 2025 verhängte Peking ein Exportverbot für bestimmte in China hergestellte Chips von Nexperia. Das war eine Antwort auf die vorübergehende Rückübernahme des niederländischen Unternehmen vonseiten der Regierung in Den Haag. Nexperia war 2019 unter die Kontrolle des chinesischen Konzerns Wingtech gekommen. Da seine Bauteile für die Automobilindustrie unverzichtbar sind, gefährdete der Exportstopp die Produktionsketten der europäischen Autohersteller. Beispiel Palantir: Alex Karp, CEO des US-Unternehmens, reagierte im September mit scharfer Kritik auf eine Entscheidung der französischen Regierung: Paris will die von Palantir seit 2016 vom französischen Inlandsgeheimdienst DGSI genutzte Datenanalysesoftware durch die des französischen Start-ups ChapsVision ersetzen. Für Alex Karp ist es jedoch eine Illusion, zum eigenen Schutz auf einen französischen Anbieter zu setzen: «Das ist buchstäblich das →

technische Äquivalent zu einem *cing à sept* ohne Kondom (ein sexuelles Treffen zwischen 17 und 19 Uhr, Anm. d. Red.)», erklärte er gegenüber der Nachrichtenagentur AFP am Rande eines Ministertreffens der G20-Staaten in North Carolina.

«Digitale Souveränität ist ein grundlegender Trend»

Eunice Harbeke, Investment Advisor bei der Banque Heritage

Zudem wird ein europäisches Juwel, sobald es sich etabliert hat, oft von einem amerikanischen Giganten aufgekauft. Dies gilt beispielsweise für Hugging Face, ein von Franzosen gegründetes Start-up im KI-Bereich. Am 3. September wurde bekannt gegeben, dass Nvidia, der weltweit führende Hersteller von KI-Chips, das Start-up für 12,9 Mrd. Dollar übernommen hatte. Bereits 2024 war das britische Unternehmen DeepMind, ein in London gegründeter Pionier der KI, für rund 500 Mio. Dollar an Google gegangen. «Seit 2010 wurden mehr als 100 europäische Start-ups von US-Unternehmen übernommen», stellt Cyril Suter, Investment Specialist bei Indosuez Wealth Management, fest. «Im Sommer 2025 dachte Apple sogar daran, Mistral AI zu übernehmen. Es bedarf einer stärkeren Regulierung von Fusionen und Übernahmen, um europäische Unternehmen zu schützen.»

Die US-Giganten haben ihrerseits erkannt, dass Souveränität zu einem Verkaufsargument geworden ist. Mehrere von ihnen bieten nun in Zusammenarbeit mit europäischen Partnern eigene «souveräne» Lösungen an. So kündigte etwa Google im Mai 2026 eine Partnerschaft mit dem französischen Unternehmen Thales an, um in Deutschland ein souveränes Cloud-Angebot auf den Markt zu bringen. «Dieses neue, zu 100 Prozent deutsche Unternehmen, das sich im Besitz von Thales in Deutschland befindet und von diesem kontrolliert wird, wird eine dedizierte Cloud-Lösung anbieten. Es wird auf der Technologie von Google Cloud basieren, jedoch über eine isolierte Infrastruktur verfügen, die in Deutschland betrieben wird, deutschem Recht unterliegt und gegenüber Google Cloud völlig autonom ist», betonen die beiden Unternehmen in einer gemeinsamen Medienmitteilung.

Das ist keineswegs neu: Bereits 2022 hatten Google und Thales in Frankreich nach dem gleichen Modell ein Joint Venture namens S3NS gegründet. Das Angebot hat die «SecNumCloud-Qualifikation» erhalten, das anspruchsvollste Sicherheits-Framework des französischen Staates. Diese Qualifikation soll insbesondere vor der Anwendung aussereuropäischer Gesetze wie des CLOUD Acts schützen.

Gemeinsam mit Proximus, Clarence und Mistral ist S3NS sogar an einem der vier Angebote beteiligt, die die EU-Kommission im April 2026 für ihre souveräne Cloud ausgewählt hat. Mit anderen Worten: Ein Teil der souveränen Cloud der europäischen Institutionen könnte auf amerikanischer Technologie basieren.

Frühe Investoren auf der Lauer

Kommen wir noch einmal zurück zur Studie des Instituts OpinionWay. Trotz der dort geäusserten Zurückhaltung steigt die Nachfrage nach souveränen Diensten sowohl in der Verwaltung als auch in der Privatwirtschaft. «Laut IDC nutzten im Jahr 2025 bereits 40 Prozent der europäischen Organisationen die souveräne Cloud, und weitere 31 Prozent überlegten, sie einzuführen», betont Eunice Harbeke, Investment Advisor bei der Banque Heritage. «Die Nachfrage steht nicht mehr zur Debatte. Die eigentliche Herausforderung besteht darin, ob die europäischen Akteure mit den amerikanischen Hyperscalern mithalten können.»

Diese Ansicht teilt auch das Zürcher Unternehmen OpenCircle, das Cloud-Lösungen für KMU vermarktet: «Seit Beginn der zweiten Amtszeit von Donald Trump beobachten wir ein gesteigertes Interesse an Fragen der geopolitischen Abhängigkeit», berichtet Mike Burkart, Chief Growth Officer bei OpenCircle. «Die Kontrolle über vertrauliche Daten und die Einhaltung regulatorischer Anforderungen oder Datenschutzstandards sind mittlerweile zentrale Herausforderungen für unsere Kunden.»

Schweizer Alternativen zu US-Software

Dienstleistung	US-Produkte	Schweizer Alternative
Mails	Gmail	Proton Mail Infomaniak Mail
Bürosoftware	Microsoft 365 Google Workspace	kSuite (Infomaniak)
Videokonferenzen	Teams Zoom Google Meet	kMeet (Infomaniak)
Instant Messaging	Teams	kChat (Infomaniak)
Cloud	Amazon Web Services Google Cloud Microsoft Azure	Infomaniak Public Cloud Exoscale Xelon ELCA Cloud (EveryWare)



↑ Clément Delangue, CEO von Hugging Face, nahm am 23. September 2026 per Videokonferenz an einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats teil. Das von Franzosen gegründete Unternehmen Hugging Face wurde jüngst von Nvidia für 12,9 Mrd. Dollar übernommen.

© ANGELA WEISS, AFP

Im Schatten der US-Konzerne beginnen europäische Akteure also, sich ihren Platz zu sichern, so wie beispielsweise das Schweizer Unternehmen Infomaniak und das französische Unternehmen OVHcloud (s. Unternehmensporträts S. 44). Ist für Investoren also jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen, sich mit der souveränen Cloud zu beschäftigen? Die Aktie von OVHcloud ist seit Jahresbeginn um 120 Prozent in die Höhe geschnellt, der Titel von Infomaniak legte in seiner ersten Handelswoche Anfang Oktober um 50 Prozent zu. Doch Experten sind geteilter Meinung.

Die grössten Skeptiker verweisen auf eine erhebliche Kluft: «Die souveräne Cloud ist zwar zu einem echten Geschäft geworden», räumt Dimitri Kallianiotis ein. «Doch auch wenn Akteure wie OVHcloud, Ionos und Infomaniak ein schönes Wachstum verzeichnen, bleibt dieses deutlich hinter dem der amerikanischen Giganten zurück.» 2025 beispielsweise belief sich der Umsatz von Amazon Web Services (AWS) auf 128,7 Mrd. Dollar, was einem Anstieg von etwa 19 bis 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht, während der Umsatz von OVHcloud nur um etwa 9 Prozent auf 1,08 Mrd. Euro kletterte. AWS ist also etwa 100-mal grösser und wächst viel schneller. Es ist schwer vorstellbar, dass David Goliath einholen könnte. «Auf die amerikanischen Hyperscaler kann man nicht verzichten. Sie sind sehr gross und werden noch grösser werden», fasst Cyril Suter zusammen. «Und KI wird die amerikanische Vorherrschaft noch weiter stärken.»

Andere, wie Eunice Harbeke, halten den Zeitpunkt hingegen für günstig, vorausgesetzt, man gehe selektiv vor. «Digitale Souveränität ist ein grundlegender Trend, der durch die europäische Regulierung, geopolitische Risiken, den wachsenden Bedarf an Cybersicherheit und den Aufschwung der KI vorangetrieben wird. Die Anlagethese ist langfristig überzeugend. Kurzfristig ist jedoch Geduld gefragt: Diese Unternehmen müssen sich erst noch bewähren, manche Bewertungen sind hoch. Und nach wie vor sind diese Unternehmen deutlich kleiner als die GAFAM.» (GAFAM steht für Google, Apple, Facebook (Meta), Amazon und Microsoft, Anm. d. Red.)

Insgesamt werden die europäischen Akteure jedoch weiterhin deutlich unter ihren amerikanischen Pendants bewertet. «Aber die Fronten beginnen sich zu verschieben», fährt Eunice Harbeke fort. «OVHcloud, Deutsche Telekom, Proximus, Capgemini oder Thales gewinnen Aufträge im Zusammenhang mit digitaler Souveränität. In der Schweiz profitieren Infomaniak, Exoscale, Swisscom und ELCA vom Ruf des Landes in Sachen Datenschutz. Für Kunden ist Souveränität bereits zu einem Kaufkriterium geworden, für Investoren jedoch noch nicht zu einem Bewertungskriterium. Wer sich frühzeitig positioniert, könnte davon profitieren.» ◢